

SPD und CDU auf dem Weg in die große Koalition

Schon jetzt gemeinsame Linie im Kreistag

lu. MAIN-KINZIG-KREIS. Auf die Antwort der Frage, wer künftig der dritte hauptamtliche Dezernent im Main-Kinzig-Kreis wird, müssen die Bürger noch eine Weile warten. Anders als auf der großen Bühne des Bundes gestaltet sich der Weg zum Bündnis von SPD und CDU derzeit ruhig und eine Personaldebatte, sollte es sie hinter den Kulissen geben, dringt zumindest nicht nach außen. Vorbei und fast schon vergessen erscheinen da die Tage, als sich nach der Kommunalwahl kein Bündnis bilden ließ und der unterschrittsreife Koalitionsvertrag von SPD und CDU quasi in letzter Minute in den Schubladen verschwand.

Der vom neuen Landrat Thorsten Stolz (SPD) eingeschlagene Weg zur Mehrheitsbildung trägt jetzt offensichtlich. Es habe bisher ein sehr konstruktives Gespräch mit der SPD gegeben, weitere würden in diesen Tagen folgen, wobei die Inhalte der künftigen Politik vor den Personalentscheidungen stünden. Das war alles, was CDU-Fraktionsvorsitzender Michael Reul (CDU) am Freitag in der Kreistagssitzung verlauten ließ. Vor dem Hintergrund der neuen Einigkeit zwischen den beiden mitgliederstärksten Kreistagsfraktionen lief der Antrag der FDP auf eine baldige Ausschreibung zur Neubesetzung der Stelle des dritten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten zwangsläufig ins Leere. Reul wertete den Vorstoß der Liberalen als ei-

nen „legitimen, netten Versuch“, um die Verhandlungspartner zu „pieksen“.

FDP-Fraktionsvorsitzender Kolja Saß mahnte hingegen eine baldige Entscheidung an, denn ein Landkreis in der Größe des Main-Kinzig-Kreises könne für längere Zeit nicht mit nur zwei hauptamtlichen Dezernenten auskommen, um die Vielzahl der repräsentativen und inhaltlichen Anforderungen adäquat erfüllen zu können. Saß sprach damit die Aufgabenteilung an, die seit dem Ausscheiden des dritten Hauptamtlichen zwischen Landrat Stolz und der Ersten Kreisbeigeordneten Susanne Simmler (SPD) gilt. Die Amtszeit des Grünen Matthias Zach war nach einer Verlängerung zum Ende Januar endgültig ausgelaufen. Dass die Grünen damit ihren Gang in die Opposition endgültig antreten mussten, war denn wohl auch der Grund dafür, dass sie dem Antrag der FDP zustimmten. Der Kreis müsse Präsenz zeigen, deshalb sei es wichtig, dass die hauptamtliche Riege vollständig besetzt sei, begründete Reiner Bousonville das Votum. Für den Antrag stimmte schließlich auch die AfD, obwohl die eigentlich über einen Änderungsantrag erreichen wollte, dass der Posten überhaupt nicht mehr besetzt wird.

Ein weiteres Mal einig mit der AfD zeigten sich die Liberalen in der jüngsten Kreistagssitzung beim Thema Windkraft. Die unterschiedlichen Auffassun-

gen dazu hatten maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Liberalen nach der Kommunalwahl einem Schulterschluss mit dem bisherigen Bündnis aus SPD, Grünen und Freien Wählern als Mehrheitsbeschaffer versagt hatten. Die Debatte über den FDP-Antrag, der Kreis solle den Kauf von Anlagen der „Windpark Wächtersbach GmbH & Co KG“ in Wächtersbach-Neudorf „rückabwickeln“, erinnerte an die zahlreichen bisherigen Auseinandersetzungen zum Thema.

Nach den Worten des liberalen Kreistagsabgeordneten Rolf Zimmermann, der auch Vorsitzender des Landesverbands Vernunftkraft Hessen ist, einem Zusammenschluss von hessischen Bürgerinitiativen gegen den Bau von Windkraftanlagen, erwirtschaftete die „Windpark Wächtersbach GmbH“ laut Beteiligungsbericht des Kreises im Geschäftsjahr 2016 trotz hoher Subventionen einen Verlust von 516 000 Euro. Mit den Verlusten aus den Jahren 2014 und 2015 ergebe sich ein Minus von fast anderthalb Millionen Euro. Geplant worden sei mit viel zu niedrigen Windprognosen, kritisierte Zimmermann. Stolz gab zu, dass man mit besseren Ergebnissen der Gesellschaft gerechnet habe, an der der Kreis knapp die Mehrheit hält. Eine vom Kreis angestellte Wirtschaftsprüfung habe allerdings eine positive Entwicklungsprognose ergeben. Das Ergebnis von drei Jahren seit der Inbetriebnahme im Jahr 2014 als Bewertungsgrundlage zu nehmen, sei unseriös, so Stolz. Die Amortisationszeit der Anlage betrage mindestens 14 Jahre. Gegen die Stimmen der FDP und der Rechtsextremen wurde der Antrag abgelehnt.